Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichsanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 49. Halle, Donnerstag, den 30. Januar. 1919.

Die vorläufige Reichsgewalt.

Der Entwurf des Gesetzes.

Berlin, 29. Januar. Um den Indiskretionen, die auf unkontrollierbarem Wege während der letzten Tage in die Presse gelangt sind, ein Ende zu machen, veröffentlicht die Reichsregierung heute den Entwurf des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt. Dieser Entwurf ist aus den Beratungen der bundesstaatlichen Kommission hervorgegangen und hat in einer sehr langen Beratung des Kabinetts am Dienstag einige Aenderungen erfahren. Der Zentralrat, der ebenso wie die Reichsregierung erhebliche Bedenken hat, wird ihn heute nochmals beraten und dann erst endgültig Stellung nehmen. Am Donnerstag soll er den bundesstaatlichen Vertretern wegen der vorgenommenen Aenderungen nochmals vorgelegt werden. Der Entwurf lautet:

§ 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sämtliche dringenden Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf, unbeschadet Absatz 4, der Zustimmung des Staatenausschusses.

In dem Staatenausschuß hat jeder deutsche Freistaat mindestens eine Stimme. Auf große Freistaaten entfällt grundsätzlich bei einer Million Landeseinwohnern, eine Stimme, wobei der Ueberschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleich kommt, einer Million gleich gerechnet wird. Demgemäß sind im Staatenausschuß vertreten: Preußen mit 19, Bayern mit 7, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2 Stimmen, die übrigen Bundesstaaten mit je einer Stimme. Den Vorsitz im Staatenausschuß führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Wenn Deutschösterreich sich dem Deutschen Reiche anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme im Staatenausschuß mit einer durch Reichsgesetz festzusetzenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatenausschuß nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenausschusses können an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilnehmen und jederzeit das Wort ergreifen, um die Ansichten ihrer Regierung zu vertreten.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Der Gebietsbestand eines Freistaates kann jedoch nur mit seiner Zustimmung geändert werden. Im übrigen kommt ein Gesetz durch Uebereinstimmung zwischen Nationalversammlung und Staatenausschuß zustande. Ist ein solches Uebereinkommen nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch Volksabstimmung herbeizuführen.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden Artikel 21 bis 23 und 26 bis 33 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

§ 6. Die Geschäfte des Reiches werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Recht völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschlüsse erfolgen durch Reichsgesetz.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbund mit dem Ziele des Ausschlusses aller geheimen Verträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den in dem Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß der Paragraphen 1 bis 4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichsgesetzblatt zu verkünden.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt.

Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, den sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Heeresleitung unterstellt sind.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit die Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

Das endgiltige Wahlergebnis.

Berlin, 29. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Das Endresultat aus den Wahlen zur preußischen Nationalversammlung nach nichtamtlichen Meldungen liegt nunmehr vor. Lediglich das Ergebnis aus dem Wahlkreise Posen mit 21 Mandaten fehlt noch und konnte bisher nicht beschafft werden, da seit gestern jede Verbindung mit Posen gestört ist. Von 403 Mandaten entfallen auf die sozialdemokratische Partei Deutschlands 142, Christliche Volkspartei 87, Deutschnationale Volkspartei 41, Deutsche demokratische Partei 61, Unabhängige 24, Deutsche Volkspartei 18 Sitze. Außerdem haben erhalten die Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiter-Demokraten im 14. Wahlkreise Schleswig-Holstein einen Sitz, die Welfen im 15. Wahlkreise Aurich-Stade-Osnabrück 2 Sitze und im 16. Wahlkreise Hannover-Hildesheim-Lüneburg 4 Sitze.

Die hessische Landesversammlung.

WTB. **Darmstadt, 29. Januar.** (Drahtnachricht.) Das vollständige Ergebnis der Wahlen zur hessischen Landesversammlung ist folgendes: Sozialdemokraten 31 Sitze, Unabhängige Sozialisten 1 Sitz, Demokratische Partei 13 Sitze, Zentrum 13, Deutsche Volkspartei 7, Hessische Volkspartei 5 Sitze.

Wahlergebnis Trier.

21. Wahlkreis, Regierungsbezirk Koblenz, Trier, Sigmaringen. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis: Christliche Volkspartei 454 980 Stimmen (12 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 23 814 (0), Deutsche demokratische Partei 111 634 (2), Sozialdemokratische Partei 160 834 (4). Aus dem Regierungsbezirke Sigmaringen sind Meldungen nicht eingegangen. Zeitungsnachrichten zufolge ist dort Wahlenthaltung beobachtet worden. Amtlich ist hier nichts davon bekannt.

Der Entente-Handel mit deutschen Kolonien.

WTB. **Paris, 29. Jan.** (Drahtnachricht.) Der „Matin" glaubt zu wissen, daß das japanische Kaninett sich mit dem von dem früheren Premierminister Marquis Okuma formulierten Friedensprogramm einverstanden erklärt, das neun Punkte umfaßt. Danach würde das Schicksal von Samoa im Einverständnis mit England und den Vereinigten Staaten in der Weise geregelt werden, daß es keine deutsche Basis mehr im Stillen Ozean abgeben dürfe. Neu-Guinea wird Australien zugesprochen. Die Marschall-, Karolinen- und Ladronen-Inseln würden der Kontrolle Japans unterstellt werden. Tsingtau, der Hafen von Kiautschau, die Südseemeerenge, sowie die Eisenbahn von Tinan fallen Japan zu. Hinsichtlich der Ordnung von Sibirien würde sich bei Zugeständnissen Japan mit den Alliierten ins Einvernehmen setzen. Keine Macht dürfe aber in diesem Gebiete Wünsche auf Vorherrschaft haben. Punkt 9 fordert hauptsächlich die Beibehaltung der Politik der offenen Tür in China.

Eine katalonische Regierung für Nordspanien?

Bern, 29. Januar. (Privattelegramm.) Die Versammlung der katalonischen Gemeinden in Barzelona hat dem Autonomiestatut zugestimmt. Das Statut sieht eine einige katalonische Regierung und ein katalonisches Parlament vor. Die Zentralgewalt soll durch einen Generalgouverneur vertreten sein.

Verlesung der irischen Unabhängigkeitserklärung.

Amsterdam, 29. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die von den Sinnfeinern einberufene irische Nationalversammlung beschloß die Errichtung einer selbständigen Republik Irland und fordert die Räumung der Insel von englischen Truppen. Die Verlesung der Unabhängigkeitserklärung wurde von der Versammlung stehend angehört. —

Im Belfaster Gefängnis meuterten die gefangenen Sinnfeiner. Sie zertrümmerten die Einrichtungsgegenstände und die Fenster des Gefängnisses. Der Schaden, den die Gefangenen anrichteten, übersteigt 20 000 Mark. Herbeigeeilte Truppen stellten die Lage mühselig wieder her.

Mehrere 100 Milliarden Mark.

Amsterdam, 29. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Nach einer Pariser Meldung ist man sich in den dortigen politischen Kreisen der großen Bedeutung der letzten Sitzung der Friedenskonferenz bewußt. Man will bestimmt wissen, daß die Präliminarien bereits Mitte oder Ende März beginnen. Noch einem Pariser Blatte soll die von den Deutschen zu zahlende Kriegsentschädigungssumme mehrere 100 Milliarden Mark betragen.

Gestohlene Telegramme.

WTB. **Gotha, 29. Januar.** (Drahtnachricht.) Der Arbeiter- und Soldatenrat Gotha hat dieser Tage die Angehörigen der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei mit Waffen versehen, wogegen die Deutsche demokratische Partei in einem Telegramm an den Rat der Volksbeauftragten in Berlin Protest erhob. Dieses Telegramm, das die tiefgehende Beunruhigung der Gothaer Bürgerschaft erwähnt und die dringende Bitte um Abhilfe enthielt, wurde von dem Zensor, den der Gothaer Rat der Volksbeauftragten auf dem hiesigen Telegraphenamte eingesetzt hatte, aufgehalten und später auf Befehl der Gothaer Volksbeauftragten diesem ausgeliefert. Dasselbe Schicksal erfuhr ein ähnliches Telegramm der Deutschnationalen Partei. Beide Proteste wurden jedoch der Regierung auf anderem Wege übermittelt. — Das Gerücht, daß es in Gotha zu Unruhen gekommen sein soll, bestätigt sich nicht.

Der neue deutsche Gesandte in Kopenhagen.

Frankfurt a. M., 29. Januar. (Privattelegramm.) Wie die Frankfurter Zeitung zuverlässig erfährt, ist der frühere Botschaftsrat in Konstantinopel Freiherr von Neurath zum deutschen Gesandten in Kopenhagen ernannt worden.

Internationale Verständigung über Sozialpolitik.

Von Dr. Otto Mugdan.

In der amtlichen Erklärung der Reichsregierung vom 17. Januar wird mitgeteilt, daß die von Deutschland zur Friedenskonferenz gesandten Vertreter sich dafür einsetzen werden, daß die Fragen des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der von den letzten internationalen Kongressen darüber gefaßten Beschlüsse von allen beteiligten Staaten tunlichst gleichmäßig geregelt werden.

Die Bestrebungen nach internationaler Regelung der Arbeiterfürsorge haben schon vor etwa 50 Jahren begonnen; einen tatsächlichen Erfolg haben sie seit 1889, in welchem Jahre in Paris ein internationales Komitee für Arbeiterunfälle und Sozialversicherung ins Leben trat. Diesem internationalen Komitee ist es zu verdanken, daß seitdem alle zwei bis drei Jahre ein internationaler Kongreß für Sozialversicherung abgehalten wurde; der letzte im Haag 1910. Diese Kongresse wurden von Volkswirten, Aerzten, Technikern, Vertretern von Arbeitgeberverbänden und Arbeitergewerkschaften, Krankenkassen u. dgl., sowie auch von Vertretern der Regierungen aller Kulturstaaten besucht, und sie haben unserem Vaterlande allgemeine Anerkennung für seine Sozialpolitik eingetragen. Gerade jetzt, wo Deutschland vom Auslande nur geschmäht wird und auch von eigenen Kindern oft hören muß, daß es vor der Revolution nur ein rückschrittliches Land mit veralteten, durchaus abzuschaffenden Einrichtungen war, ist es nicht uninteressant, daran zu erinnern, daß vor kaum einem Jahrzehnt Lloyd George in Berlin die deutsche Sozialversicherung studiert und ihr das höchste Lob gespendet hat und dann in England eine Kranken- und Invalidenversicherung ganz nach deutschem Vorbilde einrichtete. Ebenso begeistert haben sich für die deutsche Sozialversicherung der Franzose Millerand und der Italiener Luzzatti ausgesprochen, und zwei Amerikaner, die 1911 im Auftrage des größten amerikanischen Fabrikantenvereins die deutsche Sozialversicherung studierten, bezeichnen diese Gesetzgebung als von zwingendem Einfluß auf die Gesetzgebung Europas und empfehlen die grundsätzliche Anerkennung des deutschen Vorbildes auch für die Vereinigten Staaten.

Neben den internationalen Kongressen für Sozialversicherung besteht eine internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, deren Sitz Basel ist. Zweck dieser Vereinigung ist die Herausgabe einer periodischen Sammlung der Arbeiterschutzgesetze aller Länder und die Veranstaltung internationaler Arbeiterschutzkongresse. In den einzelnen Ländern sind Bandeektionen vorhanden, die in Deutschland die Gesellschaft für soziale Reform ist, deren außerordentliche Generalversammlung am 29. und 30. d. M. in Berlin stattfindet. Die Vereinigung hat in allen Kulturländern sehr wichtige gesetzliche sozialpolitische Einwirkungen erzielt; so bei der Regelung der Kinder- und Frauenarbeit, Begrenzung der Nachtarbeit und Arbeitszeit und beim Schutze vor gewerblichen Giften.

Wenn auf der kommenden Friedenskonferenz die deutschen Vertreter sich bemühen werden, auf eine Gleichheit des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung in allen Ländern des künftigen Völkerbundes zu dringen, so folgen sie damit dem in ihrem Programm zum Ausdruck gebrachten Wunsche der Mehrheitsparteien des letzten Reichstags und den am 5. Oktober 1918 im Reichstage gemachten Ausführungen des letzten Reichskanzlers Prinz Max von Baden. Dieser erklärte, bei den Friedensverträgen dafür sorgen zu wollen, daß in den Verträgen Vorschriften über Arbeiterversicherungen und Arbeiterschutz aufgenommen werden, welche die vertragschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit, sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen.

Im Jahre 1890 tagte auf Einladung des deutschen Kaisers unter dem Vorsitze des gegenwärtigen Vorsitzenden der Gesellschaft für soziale Reform, des damaligen Handelsministers v. Berlepsch, eine Versammlung von Vertretern europäischer Staaten, darunter Frankreichs, Englands, Italiens, Oesterreichs und Spaniens, die das erste amtliche Programm internationaler Sozialpolitik aufstellte. Damals stand Deutschland auf dem Höhepunkte seiner Macht, von der es heute fast alles verloren hat. Aber in der Sozialpolitik ist ihm auch heute die Führerstellung geblieben, wie selbst die grimmigsten seiner Feinde anerkennen werden; und bei sozialpolitischen Erörterungen wird die Friedenskonferenz unsere Abgesandten aufmerksam hören und wird

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190130012/fragment/page=0001

ihnen folgen. Es ist in dieser Zeit für uns ein Trost, zu wissen, daß Deutschland in seiner Arbeiterversicherung und in seinem Arbeiterschutze ein Mittel besitzt, um neue Freundschaft unter allen Völkern der Erde zu knüpfen und sich bei allen Völkern der Erde neues Vertrauen und Ansehen zu erwerben.

Der Stettiner Soldatenrat gegen die Liebknecht-Ehrung.

Angedrohter Streik der Stettiner Beamtenschaft.

Stettin, 28. Januar. Die Soldatenräte der aktiven Regimenter und Marineformationen Stettin protestierten öffentlich gegen die Sympathiekundgebung und die erzwungene Flaggenhissung anläßlich der Beisetzung Liebknechts, dessen Wirken den Brudermord heraufbeschworen habe.

Eine Versammlung von 5000 Beamten, in der der Referent Oberregierungsrat Dr. Hassenstein war, forderte von dem Arbeiter- und Soldatenrate eine ausreichende Genugtuung für die Behörden, insbesondere für den Oberpräsidenten, für die durch die gewaltsame Flaggenhissung anläßlich der Beerdigung Liebknechts angetane Beleidigung. widrigenfalls die gesamte Beamtenschaft Freitag mittag die Arbeit einstellt.

Im Zusammenhange mit der heutigen Demonstration der Beamten zogen einige tausend Beamte und regierungsfreundliche Matrosen vor die Amtsgebäude, in denen am Sonnabend zwangsweise rote Flaggen zu Ehren Liebknechts gehißt worden waren, und entfernten diese unter großem Jubel der Bevölkerung. Dem Oberpräsidenten wurde im Schloßhofe eine große Huldigung bereitet, auf die er mit Ausdrücken wärmsten Dankes erwiderte.

Die Vorgänge in Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 29. Januar. Die Kommunisten kamen am Montag morgen hier an und besetzten die öffentlichen Gebäude, u. a. die Reichsbank, wo sie unter Gewaltandrohung 40 000 Mark erpreßten. Bei den Verhandlungen zwischen den Kommunisten und dem Arbeiter- und Soldatenrate verlangte letzterer die Herausgabe des entwendeten Geldes. Die Kommunisten gaben jedoch die Beute nicht zurück, raubten vielmehr noch eine Million Mark aus der Reichsbank. Das geraubte Geld wurde zum Hauptquartier, der Tausend-Mann-Kaserne, gebracht. Bei nochmaligen Verhandlungen wurde verabredet, daß das Geld bis 7 Uhr abends zur Reichsbank zurückgebracht werden sollte. Als um 7 Uhr ein mit Soldaten besetztes Automobil vor der Kaserne ankam, um das Geld zu holen, wurde es von den Spartakisten, die sich weigerten, das Geld herauszugeben, mit Schüssen empfangen. Infolgedessen wurden von der Besetzung des Automobils Berufssoldaten zu Hilfe gerufen, die nunmehr mit der Belagerung der Tausend-Mann-Kaserne begannen. Es wurden Maschinengewehre und kleinere Schiffsgeschütze herbeigeschafft. Gegen 9 Uhr begann ein regelrechtes Gefecht, das bis gegen 2 Uhr nachts dauerte. Um 10 Uhr abends trat eine Kampfpause ein, weil die Spartakisten sich bereit erklärt hatten, das Geld herauszugeben. Es wurde dann der Reichsbank zurückerstattet, jedoch nicht der vollständige Betrag, da ein Teil bereits unter die Spartakisten verteilt worden war. Um 2 Uhr nachts erklärten die Spartakisten sich zur bedingungslosen Uebergabe bereit und 500 Mann wurden sodann in Haft genommen. Bei dem Kampfe wurden gegen 7 Personen getötet, darunter 2 Spartakisten und 2 Berufssoldaten. Es wurden etwa 30 Personen verwundet. Außerdem wurde gegen 7 Uhr abends ein Arbeiter, der an der Deichbrücke Posten stand, von einem Berufssoldaten erschossen, wodurch eine Spannung zwischen den Berufssoldaten und den Werftarbeitern hervorgerufen wurde. Heute, am 29. Jan., haben die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamten morgens den Dienst wieder aufgenommen. Der gestrige Abend und die Nacht verliefen bis auf einige Schüsse im allgemeinen ruhig. Zwischen den Beteiligten wurde ein vorläufiges Uebereinkommen getroffen, wonach die Beteiligten (Arbeiter- und Soldatenrat, die Kommunisten, die Arbeiter und Berufssoldaten) sich verpflichteten, Ruhe und Ordnung zu halten. Dieses Abkommen wurde durch den 21er Rat in einem Aufrufe an die Bevölkerung veröffentlicht. Es sollte zur Beruhigung dienen. Augenblicklich befinden sich noch im Ausstande die städtischen Beamten in Rüstringen und Wilhelmshaven, die eine besondere Forderung haben, nämlich die Errichtung einer Bürgerwehr zum Schutze gegen gewaltsame Angriffe auf das Eigentum der Bürger. Dieser Schutz scheint ihnen nicht genügend gewährleistet zu sein durch den jetzigen Dienst des Sicherheitswesens, das sowohl die zeitweilige Beraubung der Reichsbank als auch die Besetzung des „Wilhelmshavener Tageblatts" nicht zu verhindern vermocht hat. Die Bildung einer Bürgerwehr soll heute erfolgen.

Belagerungszustand über Wilhelmshaven.

Wilhelmshaven, 29. Januar. (Eigene Drahtnachricht.- Nach Meldungen aus Wilhelmshaven ist dort der Belagerungszustand verhängt worden.

Der Ausstand der technischen Straßenbahnarbeiter beendet.

Berlin, 29. Januar. Der Ausstand der 2000 technischen Arbeiter der Groß-Berliner Straßenbahn ist am Mittwoch nachmittag durch Schiedsspruch des Berliner Einigungsamts beendet worden. Die Arbeit soll am 30. Januar wieder aufgenommen werden. Die Ausständigen erhalten bei der nächsten Lohnzahlung eine Zulage in Höhe von insgesamt 300 000 Mark, die schon allen Kriegsteilnehmern bewilligt worden war. Die Direktion hat diesen Schiedsspruch angenommen.

Verordnung über Anstellung von Militärpersonen.

Berlin, 29. Januar. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Verordnung über Arbeitseinstellung von Militärpersonen vom 25. Januar und Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über den Verkehr mit Süßigkeiten vom 28. Januar.

Konferenz für Binnenschiffahrt.

Paris, 29. Januar. Gestern nachmittag fand die erste Vollsitzung der Konferenz für Binnenschiffahrt statt. Unter den Anwesenden bemerkte man Vallières von Lausanne, Secholzer von Zürich, die Präsidenten der Handelskammern der großen französischen Städte usw.

Reichszentrale der Arbeitsnachweise.

Berlin, 29. Januar. Um die Arbeitsvermittelung den erhöhten Anforderungen der Uebergangswirtschaft besser anzupassen und zu beschleunigen, ist auf Anordnung des Reichsarbeitsamts und des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung die „Reichszentrale der Arbeitsnachweise", die bei Kriegsbeginn im Reichsamte des Innern eingerichtet war, nunmehr dem Statistischen Reichsamte, Abteilung für Arbeiterstatistik, in Berlin, Landgrafenstraße 1 (Telegrammadresse „Reichsarbeit", Fernruf Lützow 3791 und 3855) angegliedert und zugleich eine Umformung des bisherigen „Arbeitsmarkt-Anzeigers" veranlaßt worden. Danach wird der Schwerpunkt der zwischenörtlichen Arbeitsvermittelung in die über das ganze Reichsgebiet verteilten 25 „Zentralauskunftsstellen" verlegt, welche auf Grund eigener Stellenlisten für den schleunigsten Ausgleich zwischen Arbeitsgesuchen und offenen Stellen innerhalb ihrer Bezirke zu sorgen haben. Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise dagegen soll, ohne selbst Arbeitsvermittelung zu betreiben, den zwischengebietlichen Ausgleich durch Herausgabe einer neuen Wochenausgabe des Arbeitsmarkt-Anzeigers fördern und durch geeignete Maßnahmen dahin wirken, daß in Großstädten massenhaft überzählige Arbeitskräfte schleunigst den industriellen und landwirtschaftlichen Bedarfsgebieten zugeführt werden. Außerdem soll sie auf ein planmäßiges Zusammenarbeiten aller Arbeitsnachweise hinwirken. Im übrigen verbleibt die Arbeitsvermittelung im einzelnen wie bisher den bestehenden Arbeitsnachweisen. (WTB.)

Vom Streik in England.

Amsterdam, 29. Januar. Einem hiesigen Blatte zufolge schreiben die englischen Blätter die in England herrschende Streikbewegung folgenden Ursachen zu: der großen Kraftanstrengung, die der Krieg von den Arbeitern forderte, und dem Umstande, daß die Arbeiter befürchten, die Demobilisation werde die Arbeitslosigkeit fördern, wenn die Arbeitszeit nicht gekürzt werde. Die dritte Ursache sei in den gesteigerten Aufwendungen für die Lebenshaltung zu suchen, während die Löhne der ungelernten Arbeiter nicht in demselben Maße gestiegen seien wie die der gelernten. Auch erregte der Kriegsgewinn, obwohl mit 80 Prozent besteuert, Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Endlich seien revolutionäre Agitatoren dauernd tätig, um die unter der Bevölkerung herrschende Unzufriedenheit zu schüren. Die Abendblätter schätzen die Anzahl der Streikenden im Vereinigten Königreiche auf 120 000 bis 150 000 Mann.

Beratungen in Moskau über die Konferenz mit den Alliierten.

Haag, 29. Januar. (Privattelegramm.) Die Times melden aus Helsingfors: In einer Vollsitzung in Moskau wird der Exekutiv-Zentralausschuß über die Einladung der Alliierten beraten. Nach der Verfassung vom November kann der Kongreß aller Soviet über Krieg und Frieden entscheiden. Sehr wahrscheinlich ist es, daß die Leninisten sich weigern werden, die Rotgardisten von der baltischen und den anderen Fronten zurückzurufen unter dem Vorwand, daß diese Truppen keine russischen, sondern estländische und livländische sind.

Kunst und Wissenschaft.

„Deutsches Nationaltheater in Weimar." Der neue Intendant Ernst Hardt rief in der glänzend verlaufenen Festvorstellung von Schillers „Wilhelm Tell" am 19. d. im Auftrag der Regierung das Weimarer Landestheater zum Deutschen Nationaltheater aus. — Es ist nunmehr an dem Weimarer Landestheater die selbstzugelegte Würde durch entsprechende künstlerische Taten zu rechtfertigen.

Wiedereröffnung der Straßburger Universität. Am Montag wurde die volle Lehrtätigkeit an der Straßburger Universität wieder aufgenommen. Die Hochschule ist aber nunmehr eine französische Universität, an der französische Professoren aus der Provinz und aus Paris zunächst gastweise lesen werden. Den Studenten wird Gelegenheit gegeben werden, ihre angefangenen Studien zu vollenden, jedoch nach den französischen Methoden, die „den Elsässern so teuer" sind.

Preisverteilung durch das Nietzsche-Archiv. 5000 Mk. sind dem Vorstande des Nietzsche-Archivs zu Weimar von einem Großkaufmann in Hamburg überwiesen worden, damit er einen Ehrenpreis von 1500 Mk. an die Verfasser der in den beiden letzten Kriegsjahren erschienenen drei besten Bücher verteile. Bei der Beurteilung sollten diejenigen Werke herausgefunden werden, die am besten geeignet sind, der unheilvollen geistigen Verflachung entgegen zu wirken. Es wurden prämiiert: Thomas Mann, „Betrachtungen eines Unpolitischen"; Ernst Bertram, „Nietzsche, Versuch einer Mythologie"; Gerhard von Mutius, „Die drei Reiche".

Die Tragödie „Die Sphinx" von Alexander Frhr. v. Seld, d. h. „das Weib", das lockt und verdirbt", die personifizierte Syphilis, das Schicksal einer wohlhabenden Familie, dessen Glück durch diese schreckliche Volkseuche zerstört wird, hat im Kieler Stadttheater tiefen Eindruck gemacht.

Als Schinkel-Preisaufgaben, die der Architektenverein zu Berlin alljährlich für seine Mitglieder ausschreibt, sind für das Schinkelfest am 13. März 1920 folgende Themen gewählt worden: Auf dem Gebiete des Hochbaues die Entwürfe zu einer Kriegsgedächtniskirche in einer schön gelegenen Stadt am Fuße des deutschen Mittelgebirges. Auf dem Gebiete des Wasser- und Straßenbaues besteht die Aufgabe in der Ausarbeitung von Entwürfen zur Ueberführung eines Schiffahrtskanals über einen Strom, der als schiffbar anzunehmen ist. Im Eisenbahnbau sollen Entwürfe zu einer Reibungsbahn zwischen Blankenburg und Elbingerode eingereicht werden.

Um Ehre und Recht.

Roman von Fr. Sembdner.

50. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Herr Born — Sie wollen doch damit nicht sagen . . ."

„Ich will damit sagen, Herr von Prokowsky", entgegnete Fritz scharf, „daß der Wechsel gefälscht ist. Kennen Sie vielleicht den Fälscher?"

„Ich?" — Wie kommen Sie darauf . . . ich muß mir das ernstlich verbitten . . ."

„Herr!"

Fritz konnte sich nicht mehr bemeistern, mit blitzenden Augen und drohend aufgehobener Hand trat er auf Stanislaus zu, der zitternd zurücktaumelte.

„Ich muß bitten — keine Gewalttätigkeit . . ." rief er in seiner Angst.

Fritz ließ die Hand sinken, ein verächtliches Lächeln umspielte seine Lippen.

„Verlassen Sie augenblicklich den Hof", sagte er kalt und sich zur Ruh zwingend.

„Ich wollte sie nochmals bitten, Herr Born, mir die Möglichkeit zu geben, jenes Papier, das nur durch einen Irrtum in Ihre Hände gekommen sein kann, einzulösen. Vielleicht kann ich das bei Ihrem Anwalt tun, darf ich mir seinen Namen ausbitten?"

„Der Name nutzt Ihnen nichts — Doktor Fischer liefert Ihnen den Schein doch nicht aus."

„Herr Born — ich bitte — flehe Sie an — Herr Born, Sie befinden sich in einer peinlichen Lage, die Baronin hat einen schmählichen Verdacht auf Sie geworfen, eine Untersuchung ist gegen Sie eingeleitet, ich mache mich anheischig, die Baronin zu bewegen, jene Anklage zurückzunehmen, Ihnen eine volle Ehrenerklärung auszustellen, wenn Sie mir das Papier überliefern . . ."

Fritz erhob die Hand und wies nach dem Tor.

„Fort", sagte er scharf. „Entfernen Sie sich, oder ich lasse Sie durch meine Knechte hinausführen."

„Herr Born — haben Sie Mitleid . . . ich will Ihnen alles sagen . . ."

„Fort! Ich will von Ihnen nichts hören. Ich gebe Ihnen drei Minuten Zeit, sich zu entfernen, dann gebrauche ich mein Hausrecht . . ."

Er zog gelassen seine Taschenuhr.

„Herr Born", flehte Stanislaus, „hören Sie mich doch nur an . . ."

„Eine Minute ist verflossen . . ."

„Herr Born — mein Leben — meine Ehre liegt in Ihrer Hand . . . haben Sie Mitleid . . ."

„Zwei Minuten . . ."

„Nun denn — ich gehe — aber die Folgen kommen auf Ihr Haupt!"

Damit stürzte er fort. Fritz steckte die Uhr wieder in die Tasche und atmete tief auf. „Jetzt kennen wir den Fälscher", sprach er zu sich. „Schade, daß Doktor Fischer diese Szene nicht miterlebt hat . . . Doch nun wieder an die Arbeit . . ." Und er wandte sich seinen Leuten wieder zu.

Spät am Nachmittag kam Stanislaus nach Schloß Hambach zurück und wollte sich auf sein Zimmer in dem Inspektorhause schleichen. Ziel- und planlos hatte er sich seit seinem Fortgange von Neuhof umhergetrieben; verzweifelte Entschlüsse hatte er gefaßt, im Walde wollte er sich erhängen; als er an einem Teiche vorüberkam, wollte er sich hineinstürzen; aber feige wie er war, bebte er vor der Ausführung zurück und entfloh, um sich endlich zum Tode erschöpft und erwartet in das Gras einer Wiese zu werfen, wo er in finsterem Brüten liegen blieb.

Aber ein Entschluß mußte gefaßt werden, und so schlich er sich schließlich nach Hambach zurück mit dem Vorsatze, die Dunkelheit der Nacht zur Flucht zu benutzen; mit Geld war er ja dank der Großmut der Baronin genügend versehen, so daß er einige Zeit sorgenfrei leben konnte. In der Nacht passierte ein Schnellzug die Station Hambach, mit dem er morgen früh in Hamburg sein konnte. Dort würde man ja weiter sehen.

Als er die Treppe zu seinem Zimmer hinaufgehen wollte, öffnete sich die Tür der Inspektorwohnung und Fräulein Tina schlüpfte heraus, auf dem blassen Gesichte den Ausdruck großer Aengstlichkeit.

„Ach, Stanislaus — da bist du endlich", flüsterte sie. „Man sucht dich schon überall, deine Mutter war bereits einigemal hier, um nach dir zu fragen — sie war furchtbar aufgeregt — mein Gott, Stanislaus, was ist denn geschehen?"

Da keimte ein neuer schändlicher Plan in seinem listigen Geiste auf. Er trat dicht an Tina heran und legte ihr die Hand auf die Schultern.

„Tina — Mädchen —" sprach er mit düsterer Stimme und eine seierliche Miene zeigend, „du hast mir gesagt, daß du mich liebst . . ."

„Ja, Stanislaus, von ganzem Herzen!"

„Willst du es beweisen, so ist die Stunde gekommen."

„Mein Gott, Stanislaus, ich tue alles, was du willst . . ." entgegnete das arme Mädchen zitternd.

„Nun gut, dann erwarte mich heute abend 11 Uhr an der hinteren Pforte eures Gartens. Nimm mit, was du für eine Reise von mehreren Wochen nötig hast — vor allem Geld . . ."

„O Gott, was willst du tun, Stanislaus?!"

„Bist du bereit, mit mir zu entfliehen?"

„Ja — aber —"

„Ich muß entfliehen — das Rätsel meines Lebens will es so . . . liebst du mich so wie ich dich liebe, dann kommst du mit mir — nur so können wir einander angehören."

„Wirst du mich auch zu deiner Frau machen?"

„Frage nicht, Mädchen, sondern handle! Hast du mich lieb, so vertraue mir — bist du nicht stark genug in deiner Liebe, so bleibe hier . . . Dann gehe ich allein hinaus in die weite Welt — unglücklich und allein — —"

„Nein, nein, Stanislaus — das sollst du nicht. Ich folge dir, wohin du willst." Er umarmte und küßte sie.

„So bist du mein mutiges, starkes Mädchen. Und nun lebe wohl, vergiß nicht heute abend 11 Uhr — und nimm so viel Geld mit, als du hast."

„Ich habe ein Sparkassenbuch über 2000 Mark —"

„Sehr gut — bringe es mit . . ."

In diesem Augenblick ging unten die Haustür.

„Man kommt", flüsterte Tina. „Leb wohl — auf Wiedersehen . . ."

Damit schlüpfte sie in die elterliche Wohnung zurück, gerade als der Diener aus dem Schlosse auf dem ersten Treppenabsatze erschien.

Stanislaus wollte in sein Zimmer gehen, doch der Diener hielt ihn zurück.

„Um Entschuldigung, Herr von Prokowsky", sagte er, „Frau Baronin läßt Sie ersuchen, sofort zu ihr zu kommen."

„Ich habe jetzt keine Zeit — ich muß mich umziehen."

„Frau Baronin läßt sagen, Sie möchten kommen, wie Sie wären."

Stanislaus sah ein, daß er sich nicht weigern durfte, dem Ersuchen der Baronin Folge zu leisten. Was konnte ihm auch geschehen? Die Baronin war ja stets nachsichtig und gütig gegen ihn gewesen, und wenn wirklich ein nachteiliges Gerücht zur Baronin gedrungen war, dann würde seine Mutter schon seine Vertretung übernommen und den ersten Entrüstungssturm abgeschlagen haben.

So folgte er denn dem Diener in das Schloß.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190130012/fragment/page=0002

Konferenz der A.- und S.-Räte von Merseburg.

Für die Beibehaltung der A.- und S.-Räte. — Die Frage der Sozialisierung des Bergbaues. S.-Räte und Kriegsministerium. — Ein allgemeines Bild der Sozialisierung.

Halle, den 29. Januar 1919.

Heute tagte im Volkspark hier die Konferenz der A.- und S.-Räte im Bezirk Merseburg. Die Konferenz war sehr stark besucht. Nach den üblichen Förmlichkeiten sprach Herr Düwell über

die zukünftigen Aufgaben der A.- und S.-Räte.

Der Redner behauptete, im Reiche wie im Staate habe sich gegenüber dem alten Regime noch nichts geändert. Er sprach von Noske als von dem Caligula von Berlin, der Zentralrat übe eine Eunuchentätigkeit aus. Die Nationalversammlung werde daran nichts ändern. Die nächste Verwaltung werde also der Träger des alten Autoritätsstaates sein. Der breiten Masse des Volkes werde die Selbstbestimmung über ihr Geschick vorenthalten werden. Die geschaffene Freiheit werde dem Volke unter diesen Umständen nichts nützen. Es frage sich nur, ob die Nationalversammlung das Recht habe, die Arbeiter- und Soldatenräte auszuschalten. Dazu habe sie kein Recht. Sie habe nur die Reichsverfassung zu beschließen. Auch der folgende Reichstag nicht. Sie werden erst dann aufhören, wenn die Errungenschaften der Revolution voll erfüllt sein werden. Das Bestehen der A.- und S.-Räte sei durch die jetzige Regierung gefährdet. Die Börsenleute wüßten das auch, sie hätten keine Angst mehr vor der Sozialisierung, wie das Steigen der Börsenpapiere in der letzten Zeit beweise. Die jetzige Regierung verspüre keinen Hauch sozialen Geistes. In der Nationalversammlung werde sich die bürgerliche Mehrheit nicht dazu bestimmen lassen, die gesetzliche Grundlage für die Enteignung vom Privateigentum zu schaffen. Der Redner bemängelte weiter die im Verfassungsentwurf vorgesehene Mischung des Grundbesitzes in Groß-, Mittel- und Kleingrundbesitz, ferner die Bestimmung, daß über die Verfassung nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden könne, statt mit einfacher Mehrheit. Kein Wort sei darüber gesagt, daß die Natur- und Bodenschätze der Allgemeinheit gehören sollen.

Von der Einrichtung der A.- und S.-Räte, der Stütze der Revolution findet sich in dem Verfassungsentwurf kein Wort; sie dürfen sich aber durchaus nicht ausschalten lassen. Der Redner fügte charakteristischerweise hinzu, es gäbe zwei Mehrheiten: eine Mehrheit der Menge und eine Mehrheit der Qualität. Die Qualität habe das Recht eine Mehrheit zu bedeuten! (Früher las man es in den sozialdemokratischen Auslassungen anders, da gab es keine Mehrheit der Qualität, nur eine Mehrheit der Masse, die ausschließlich bestimmen sollte. Die Schriftleitung.) Weiter forderte der Redner, daß die Sozialisierung unbedingt durchzuführen wäre,

und darum müßten auch die A.- und S.-Räte bleiben,

bis ein nicht mehr rückgängig zu machender Anfang mit der Sozialisierung gemacht worden sei. Auch im Gemeindeleben müssen die Räte bleiben als Aufsicht über die richtige Auslegung der Gesetze und damit die Verwaltung im Interesse der Mehrheit des Volkes geführt wird. Weiter haben die A.- und S.-Räte für die Ausbreitung des Sozialismus zu sorgen und die Vorbereitung und Durchführung der Sozialisierung zu bewirken. Die wichtigste Aufgabe der A.- und S.-Räte aber bestehe in der

Schärfung der mächtigsten Waffe des Proletariats zur Herbeiführung der Sozialisierung, des Generalstreiks.

Der Redner wandte sich gegen die wilden Streiks. Der Streik müsse politisiert werden. Die A.- und S.-Räte müßten in der Lage sein, den Gewerkschaften den Streik aus den Händen zu nehmen, um ihn zur Revolutionssicherung zu führen. Es sei das Recht der Revolution, alle Widerstände zu beseitigen, selbst die der Führer, wenn sie der Revolution im Wege ständen.

In der Aussprache bemerkte Genosse Koenen, daß, wenn man im Bezirk nur mit dem Regierungspräsidenten zu tun hätte, so würden sich die Geschäfte weit leichter erledigen lassen. Aber da machten Verfügungen der Regierung in Berlin, wonach ganz der alte Polizeigeist herrsche, dem einen Strich durch die Rechnung. Der Redner führte Beispiele an, die dartun sollten, daß die sozialistische Regierung in Berlin noch immer in den Auffassungen des alten Obrigkeitsstaates befangen sei und nicht vorwärts, sondern rückwärts regiere. Die übrigen Redner stellten sich mit dem Genossen Düwell ebenfalls auf den Standpunkt, daß die A.- und S.-Räte auch in Zukunft bleiben müßten. Ein Redner aus Elsterwerda beschwerte sich über den dortigen Soldatenrat, der sich für die bürgerliche Gesellschaft gegen die Arbeiterschaft ins Zeug lege. Ihm müßten die Maschinengewehre abgenommen werden; wenn dieser S.-Rat sich nicht füge, müßte ihm der Brotkorb höher gehängt werden. — Ein Redner aus Stangerode im Mansfelder Gebirgskreise, erklärte, die A.- und S.-Räte hätten bei der Revolution besser durchgreifen sollen, die

Bürgerlichen hätten mit dem Stock gezüchtigt,

die Landräte fortgejagt werden sollen. Die Plakate mit der Werbungsaufforderung für den Osten müßten abgerissen werden, denn diese Werbungen sollten nur der Gegenrevolution dienen.

Inzwischen macht der Versammlungsleiter, Genosse Elsner-Weißenfels, die Mitteilung, daß vom Delegiertentag des 4. Armeekorps in Magdeburg beschlossen wurde,

der neuen Heeresbestimmung über die Kommandogewalt die Anerkennung zu verweigern und sich ihr nötigenfalls zu widersetzen.

Stürmischer Beifall der Konferenz. Weiter ging ein Antrag ein, daß zur Förderung der Aufklärung der A.- und S.-Räte im Sinne der Revolution ein Ausschuß von acht Mitgliedern gewählt wird, der Richtlinien für diese Aufklärung aufzustellen und der morgigen Sitzung vorzulegen hat. — Genosse Schönlank will den A.- und S.-Räten nicht nur das Kontrollrecht, sondern die ausführende Gewalt zugestanden wissen, während die Verwaltungsbehörden nur Organe sind, die willenlos die Beschlüsse der Räte auszuführen haben. Dabei machte der Redner die Mitteilung, daß in seinem Kreisratsbezirk Nemberg mit sieben Ortschaften von dem Kreisrat die jetzigen Wahlen organisiert worden sind, so daß die früher schwärzesten Orte sozialistisch gewählt haben.

Genosse Koenen teilte hierauf mit, daß in die Reichssozialisierungskommission zur Vertretung des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues zwei Vertreter berufen werden. Von seiten der Berggewalt sei Herr Bergrat Siemens gewählt worden. Der Konferenz wurde als Vertreter der Bergarbeiter der Steiger Peters-Schlettau vorgeschlagen, der nach Bemerkungen eines Redners bereits die Vorarbeiten der Sozialisierung eingeleitet, die die Besetzung des Bergbauvereins usw. in Aussicht genommen hätte. Außer Peters wurden aber auch noch andere für die Vertreterwahl vorgeschlagen. Indes wurde Peters als Beigeordneter gewählt, der dem Bergarbeiterrat verantwortlich bleibt.

Nach einem Antrage des Genossen Jänicke treten die Soldatenräte mit den Mitgliedern des Exekutivausschusses Mittwoch abend zusammen, um für die morgige Sitzung Richtlinien vorzubereiten für die Ausübung der Kommandogewalt.

Außerhalb der Tagesordnung machte ein Mitglied des Exekutivausschusses der Soldatenräte vom 4. A.-K. Mitteilungen über den Delegiertentag. Dieser habe die Ungültigkeit der Verordnung im Armeeverordnungsblatt beschlossen (siehe oben). die Garnisonen haben diesen Beschluß bekannt zu machen. Die Offiziere, die demnach die Durchführung betreiben, sind zur Verfügung zu stellen. Die Soldatenräte im 4. A.-K. haben die Kommandogewalt, was das Kriegsminister beschließen, was er will. Jede Munitionserzeugung, die im 4. A.-K. bereits wieder aufgenommen wurde, sei zu unterbinden. Eine viergliedrige Kommission habe zu prüfen, ob es notwendig sei, daß 18- und 19jährige junge Leute für den Ostschutz verwendet werden. Dieser sogenannte Ostschutz sei nur ein Mittel zu dem Zweck, um die revolutionäre Bewegung gegenstandslos zu machen. Mit lebhaftem Beifall wurde die Mitteilung aufgenommen, daß der Altenburger Soldatenrat den dortigen Offizieren ein Ultimatum gestellt habe, daß sie das Altenburger Ländchen alsbald zu verlassen hätten.

In seinem Schlußwort führte Genosse Düwell noch u. a. aus, daß vorläufig Preßfreiheit und das Recht der freien Meinungsäußerung noch herrsche. Von den Gewerkschaften behauptete er, daß man von ihnen nichts zu erwarten hätte, denn sie seien Schrittmacher der jetzigen Regierung. Die Arbeiter- und Soldatenräte könnten die Generalstreiks, die doch nicht wochenlang, sondern nur Tage dauerten, nicht finanzieren. Weiter führte er aus, die Arbeiter seien für ihre Führer verantwortlich, wenn sie Führer gewählt hätten, die sie verrieten, so hätten die Arbeiter die Folgen zu tragen. Mit der Diktatur des Proletariats, die Genosse Schönlank für die Sicherstellung der Revolution gefordert habe, könne er, der Redner, sich nicht ganz einverstanden erklären. Auch dessen Wunsch nach Beseitigung des Parlamentarismus könne er sich nicht anschließen. Die Hauptsache sei, daß das Parlament wirklich das Volk vertrete. Im übrigen werde er mit Genossen Koenen in Weimar für den Fortbestand der A.- und S.-Räte wirken.

Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten.

*

In der Nachmittagssitzung sprach Genosse Koenen über

die Sozialisierung der Großbetriebe.

Er zeichnete ein möglichst verführerisches Bild von der Wirkung der Vergesellschaftung der Großbetriebe, die alle geistigen und körperlichen Kräfte für die Gesellschaft am nutzbringendsten verwenden werde in einer vollständigen Umorganisierung der Erzeugung. Mit der Zeit werde auch eine Ueberwindung der Kleinbetriebe erfolgen, doch dächte die Sozialdemokratie von heute nicht daran, sie mit Gewalt den Großbetrieben anzugliedern, sondern sie würden aus eigener Erkenntnis zu dem Schlusse kommen, daß sie zu ihrem eigenen Besten sich dem Großbetriebe anschließen müssen. Zum Schlusse behandelte der Redner noch kurz die Frage, welche Produktionszweige zunächst der Sozialisierung zuzuführen seien. Der Betrieb muß dauernd aufrecht erhalten bleiben, so sei man dadurch, daß die Großbanken nicht gleich vergesellschaftet wurden, in eine gewisse schwierige Lage gekommen. Es müsse deshalb der stärkste Druck auf die Regierung ausgeübt werden, daß sie nach Möglichkeit die Sozialisierung betreibt und mit der vorbereiteten Sozialisierung von unten auf gleichen Schritt hält. Zunächst kommen Kohlen, Erze und Eisen an die Reihe; weiter muß die Sozialisierung der Elektrizität stärker als es geschieht, in Angriff genommen werden, dann die des Versicherungswesens und der Hypothekenbanken, wodurch Kapitalien für Kreditgewähr gewonnen würden. Dadurch würde auch eine Sozialisierung der Landwirtschaft bis zu einem gewissen Maße ermöglicht werden. Die Stickstoffindustrie hätte gleich von vornherein vergesellschaftet werden müssen, durch die es möglich sein werde, nicht nur für unsere Landwirtschaft den erforderlichen Stickstoff zu gewinnen, sondern ihn auch noch auszuführen. In der Landwirtschaft müssen die großen Güter sozialisiert werden; Grund und Boden seien Nationaleigentum. Daß der Großgrundbesitz zuerst mitsozialisiert werden muß, auch aus dem politischen Grunde erforderlich, weil die Großgrundbesitzer Stützen der Reaktion sind. Die Sozialisierung des Großgrundbesitzes, für die natürlich auch wie in der Industrie Betriebsräte geschaffen werden müßten, hätte von der Gemeindestelle, nicht vom Staate aus zu geschehen. Der sozialistisch gebildete Kreisausschuß hätte die Aufsicht auszuführen. Zusammenzufassen wäre die Verwaltung in Staat und Reich.

Schwieriger sei die Frage, wie es mit den mittleren und kleinen Landwirtschaftsbetrieben zu halten wäre. Geholfen werde durch die genossenschaftliche Zusammenfassung, daß die Bauern ihre Betriebe zusammen bearbeiten, ihr Besitztum zusammenlegen und damit die Vorteile des Großgrundbetriebes genießen. Sie blieben zunächst doch Eigentümer ihres Besitzes und erhielten anteilig den auf sie entfallenden Ertrag. Dazu kommt die Düngemittelversorgung und die Kreditvermittelung, die sie aus der Schuldknechtschaft der Kapitalisten befreie. Dazu würden die sozialisierten Hypothekenbanken eines der Mittel sein, letzten Endes aber und in der Hauptsache die Vergesellschaftung von Grund und Boden. Die Liebe der Besitzer der Kleinbetriebe zu ihrem Besitztum sei nicht gleich zu beseitigen. Es solle ihnen aber durch Aufklärung die Erkenntnis vermittelt werden, daß es nützlicher ist, daß sie Gemeinschaftsbetrieb führen.

Die Krönung des Werkes

sei zunächst theoretischer Natur. Der soziale Unterbau durch Betriebsräte ist gegeben. Die Verteilungsweise durchzuführen sei nicht besonders schwierig. Schwieriger (also doch! Red.) ist die Produktionsregelung und der Verkehr mit dem Auslande. Beim kapitalistischen Betriebe war nur die Verdienstfrage das Bestimmende. Nicht der Bedarf, sondern der Profit war maßgebend. In Zukunft werde nur produziert werden, um den zahlenmäßig festzustellenden Bedarf zu decken. Und hierfür werden nur die leistungsfähigsten Betriebe beansprucht werden. Die Ueberproduktion werde überwunden durch die planmäßige Bedarfswirtschaft. In verschiedenen Gebieten werde eine Herabminderung des Bedarfs eintreten können. So z. B. im Papierbedarf. Durch die Ausnutzung der sozialistischen Betriebe werde eine Unsumme von Kräften gewonnen zur Herstellung von Erzeugnissen für das Ausland. Für die Kolonialwirtschaft würden keine Arbeitskräfte mehr benötigt werden. Aber auch im Innern werde eine große Menge von Kräften verschwinden, z. B. im Reklamewesen, im Heerwesen und in der Industrie, die für das Heer arbeitete. So brauche man den Wettbewerb des Auslandes nicht zu fürchten. Der Kampf um die auswärtigen Absatzmärkte werde verhindert durch die sozialistische Wirtschaft. Wir hatten bisher nicht Ueberproduktion und deshalb die Ausfuhr, sondern Unterverbrauch. Das war das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft. Unser Land ist so hoch in unserer Arbeitskultur, daß kein Land dagegen aufkommen kann. Im Osten, der unsere Zukunft sei, werden Demokratien entstehen, die uns brauchen, und die uns ihren landwirtschaftlichen Ueberfluß zur Verfügung stellen. So werde der Kampf um die ausländischen Absatzmärkte überwunden werden durch sozialistische Produktion.

Mit der Lösung dieser Fragen müsse nicht morgen und übermorgen, sondern

sofort

begonnen werden. Man wolle nicht Hals über Kopf mit allen anfangen, aber anfangen müsse man. Die Kapitalisten würden dafür nicht zu interessieren sein, da müßten die Arbeiter und Angestellten dafür interessiert werden.

Nach längerer Aussprache wird die Sitzung geschlossen.

Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

Wir haben den Vortrag des Herrn Koenen hier ausführlich wiedergegeben, um zu zeigen, wie sich die Unabhängigen die sofortige Sozialisierung vorstellen. Jedes Wort der Widerlegung erübrigt sich. In welche heillose Verwirrung, in welche nie wieder gutzumachende Katastrophe würden diese Herren, wenn sie die Macht bekämen, unser deutsches Wirtschaftsleben hineinführen! Zum Glück versagt ihnen auf diesem Wege auch die weitaus größte Mehrheit der Arbeiter die Gefolgschaft. Red.

Frivole Beschuldigungen.

Aus den Offiziersgefangenenlagern Halle, Torgau, Magdeburg.

Ein Zeichen für die frivole Gesinnung, mit der Kriegsgefangene leichtfertige und unbegründete Anschuldigungen gegen die Kommandanten deutscher Gefangenenlager erheben, ist die Beschwerde des französischen Majors Duloe im Offiziersgefangenenlager Torgau. Dieser erklärte neulich einem Beamten des Lagers, die französische Regierung werde Herrn Oberst v. Brixen zur Rechenschaft ziehen, weil er Kommandant solcher Gefangenenlager gewesen sei, in denen infolge unmenschlicher Behandlung zahlreiche Todesfälle unter den Kriegsgefangenen eingetreten seien. Herr Oberst v. Brixen, der früher Kommandant der Gefangenenlager in Halle und Magdeburg war, und seit dem 1. März 1918 Kommandant des Offiziersgefangenenlagers Torgau ist, hat sofort nach Bekanntwerden der Aeußerung des Majors D. die umgehende Eröffnung eines Untersuchungsverfahrens gegen sich selbst beantragt, um die ungeheuren Anschuldigungen des Majors D. zu widerlegen. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen haben die Nichtigkeit der von Major D. erhobenen Anschuldigung ergeben. Nach den vorliegenden Urkunden sind während der Amtstätigkeit des Oberst v. Brixen im Lager Halle im Ganzen 4 Todesfälle zu verzeichnen gewesen; ausgeschlossen, daß in irgend einem Falle schlechte Behandlung in Betracht kommt. Im Lager Magdeburg sind während der Amtstätigkeit des Oberst v. Brixen überhaupt keine Todesfälle vorgekommen.

Nationaler Frauendienst. Der letzte der Vorträge zur Einführung der Frau in die Politik findet Donnerstag abend 8½ Uhr im großen Hörsaal des Melanchthonianums statt. Herr Geheimrat Voretzsch spricht über den künftigen deutschen Nationalstaat und das Deutschtum auf der Erde.

Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, spricht im Auditorium maximum der Universität Herr Prof. Dr. Menzer über Lebenswerte. Dieses Thema hat in der jetzigen Zeit ein ganz besonders hohes Interesse, gilt es doch, in dieser an niederdrückenden Ereignissen reichen Zeit seinen Blick Werten zuzuwenden, die über das gegenwärtige Chaos hinausführen. — Es sei ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Vortrag bereits um 8 Uhr beginnt.

* **Warnung! Scheckschwindler!** In den letzten Tagen hat sich ein unbekannter, etwa 30jähriger schlanker Mann mit hagerem, sehr blassem Gesicht durch Einzahlung von 300 Mark fälschlich auf den Namen Max Knauth bei dem hiesigen Bankhause Reinhold Steckner ein Bankguthaben einrichten lassen. Die in dem dafür erhaltenen Scheckbuch befindlichen Schecks führen die Nummern 33 576 bis 33 600. Der Unbekannte ist in Begleitung einer etwa 28jährigen gutgekleideten Frauensperson bereits in verschiedenen hiesigen Geschäften gewesen, hat größere Wertgegenstände gekauft, diese gleich mitgenommen und als Zahlmittel Schecks ausgestellt. Da er das kleine Guthaben bei der Bank aber alsbald selbst wieder abgehoben hat, sind diese völlig wertlos. Wer auf angeführte Weise durch den Unbekannten bereits geschädigt ist und wer sonst Angaben zur Ermittelung des Schwindlers und seiner Begleiterin machen kann, wird ersucht, sich alsbald bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstr. 4, Zimmer 38 oder 37, zu melden. Sollte der Schwindler seinen Kniff fortsetzen, wird um sofortige Benachrichtigung der Polizei gebeten, damit beide Personen festgenommen werden können.

Provinzial-Nachrichten.

* **Zerbst**, 29. Januar. (Die hiesigen Wochenferkelmärkte) zeigen ein immer traurigeres Bild, der Auftrieb gering (am letzten Sonnabend 140 Tiere), die Preise immer ungeheuerlicher. 80—120 Mark werden für ein 4—5 Wochen altes Ferkel gefordert — und leider auch bezahlt. Diese Preise stehen in schreiendem Mißverhältnis zu denen, welche der Anhaltische Viehhandelsverband bezahlt, der jetzt sämtliche nicht behördlich zur Hausschlachtung oder zur Mast für den Verband bestimmten Schweine über 1 Zentner Gewicht anfordert. Für diese Schweine bezahlt er 62—77 Mk. den Zentner je nach Lebendgewicht, also einen Preis, der unter den jetzigen Verhältnissen nicht einmal die Selbstkosten deckt.

♀ **Apolda**, 29. Januar. (Die Arbeitslosenfrage.) Es verlautet, daß die wöchentliche Ausgabe der Stadt für Arbeitslose jetzt 50 000 Mk. übersteigt, da die Vermutung, daß eine große Zahl von Kriegsteilnehmern noch in diesem Monat zurückkehren würde, sich bestätigt hat. Daß eine Kommune wie Apolda unter solchen Umständen bald abgewirtschaftet haben dürfte, bedarf keines weiteren Beweises, zumal die Bestrebungen des „Michel"-Konzerns, Arbeiter für seine Kohlengruben zu werben, hier auch keinen großen Erfolg gehabt zu haben scheinen. Diese Erkenntnis hat wohl auch den Kriegs-Wirk- und Strickverband veranlaßt, Apolda als eine der ersten Textilindustrie-Städte für die Einleitung der Uebergangswirtschaft auszuersehen. Am Dienstag dieser Woche sendet der Verband einen Vertreter hierher, um Garn nach Maßgabe der Zahl der Maschinen zu verteilen, wie sie von den Wirkermeistern zur Zeit vor dem Krieg für die Fabrikanten tätig gewesen sind. Freilich findet der Zwang, der dabei ausgeübt wird, energischen Widerspruch.

☐ **Erfurt**, 29. Januar. (Prinz Sigismund als Wähler.) Der zurzeit hier weilende Neffe des Kaisers, Fritz Sigismund, ein Sohn des Prinzen Heinrich, erschien Sonntag vormittag in einem Wahllokal an der Schmidtstedterstraße, um von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

♂ **Ilfeld**, 29. Januar. (Der „Netzkater" ein Raub der Flammen.) Das vielen Harzbesuchern bekannte Hotel und Pensionshaus „Netzkater" im Ilfelder Tal ist in vergangener Nacht vollständig niedergebrannt. Bei der vollständig isolierten Lage, mitten in den Bergen liegend, von hier aus dreiviertel Stunde entfernt, war auf Löschhilfe nicht zu rechnen.

Leipzig, 29. Januar. (Für 30 000 Mark Uhren gestohlen.) Aus dem Uhrengeschäft von Herrmann in der Stecknerpassage wurden für etwa 30 000 Mark Uhren gestohlen. Die Täter, mindestens drei, hatten am 23. Januar, durch einen ihrer Kumpane den neben dem beraubten Geschäft liegenden leeren Laden gemietet, dorthin brachten sie die gestohlenen Sachen, um sie ungestört verpacken zu können.

Vermischtes.

Massen-Entlassungen beim Norddeutschen Lloyd. Wie der Norddeutsche Lloyd mitteilt, sieht er sich infolge der ungünstigen Entwicklung der Verhältnisse, besonders auf Grund des Waffenstillstandsabkommens in Trier, gezwungen, einen großen Teil seines Personals aus seinen Diensten zu entlassen. Betroffen werden vor allem die Offiziere, Ingenieure, Zahlmeister, Oberstewards und Oberköche, sowie auch die Unteroffiziere und Mannschaften der Werftbetriebe.

Die schlauen Baunacher. Als seinerzeit die wegen ihres Klanges bei den Bewohnern besonders beliebte 12 Ztr. schwere sog. „11 Uhr-Glocke" abgenommen werden sollte, wurde sie über Nacht „gestohlen" und war seit dieser Zeit spurlos verschwunden. Jetzt erst gestanden verschiedene Einwohner ein, die Glocke auf einem Acker vergraben zu haben. Nun wurde die Glocke abgeholt und festlich geschmückt in feierlichem Zuge wieder zur Kirche [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190130012/fragment/page=0003

Altägyptische Toilettengeheimnisse. Es klingt wie ein allzu kühnes Unterfangen, von Schönheitsmitteln erzählen zu wollen, die ihren Zweck vor Jahrtausenden erfüllt haben. Denn die Mumie, deren Lederhut vermoderte Knochen deckt, kann uns nicht mehr sagen, mit welchen Substanzen sie einst die Haut ihres schwellenden Körpers geschmeidig gemacht hat. Und die Rezepte aller dieser Schönheitsmittel? Ihre Hersteller, die altägyptischen Priester, waren schlau genug, sie ihren Mitmenschen, geschweige denn der Nachwelt nicht zu verraten. Sie schrieben ihre Rezepte an die Wände ihrer streng vor der Außenwelt behüteten Laboratorium, und als diese im Laufe der Zeit in Trümmer fielen, dachte längst niemand mehr an die Geheimnisse, die sie enthielten. Aber von den feinen Hilfsmitteln der modernen Wissenschaft wußten die schlauen Priester doch nichts. Und so hat man denn mit Hilfe des Mikroskops und der chemischen Analyse selbst über die Jahrtausende triumphiert und einer Mumie die Geheimnisse ihrer einstigen Schönheitsmittel entlockt.

Die Herstellung der Schönheitsmittel und wohlriechenden Essenzen lag bei den alten Aegyptern also ausschließlich in den Händen der Priester. Manchmal wurde an einem besonders schwierigen Rezept monatelang herumprobiert, dann aber brachte es auch ein schönes Stück Geld ein, zumal es auch in Griechenland und Rom zum guten Ton gehörte, seine Parfüms aus Aegypten zu beziehen. Der Bedarf an Schönheitsmitteln war eigentlich damals schon ziemlich groß, und so seltsam es klingt; die Toten brauchten fast mehr als die Lebenden; denn die Einbalsamierung verlangte wahre Massen der teuersten Essenzen. Dann aber auch die Körperpflege der Lebenden. Eine Anzahl parfümierter Oele gab es da zum Massieren des Körpers; dann wohlriechende Haarwässer, mit denen nach dem Bade der Kopf übergossen wurde, duftende Pomaden für die Pflege der Hände, und nicht zu vergessen wohlriechende Pastillen für die Mundpflege. Als Zimmerparfüm dienten allerlei Räuchermittel.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 29. Januar Gegenüber gestern ließ die Börse heute durchwegs feste Veranlagung erkennen, und die noch bestehenden Rückschläge wurden so ziemlich wieder ausgeglichen. Dies gilt besonders von Rüstungswerten, wo Rheinmetall, Deutsche Waffen und Gebrüder Böhler-Aktien, von Elektrizitätsgesellschaften, wo Bergmann-A.-G., und von Montanwerten, wo Gelsenkirchener, Phönix und Mannesmann teilweise recht beträchtliche Kursbesserungen durchsetzen konnten Fester lagen auch Prinz-Heinrich- und Orientbahn-Aktien, wogegen die Kursbildung bei Farbwerten durchaus ungleichmäßig war Schiffahrtsaktien blieben bei behauptetem Kursstand vernachlässigt. Im weiteren Verlauf wurde die Haltung etwas unsicher, und die erzielten höchsten Notizen konnten nicht überall aufrechterhalten werden. Das Geschäft hatte aber allgemein einen größeren Umfang als gestern. Am Rentenmarkt waren österreichische, ungarische und ausländische Rentenpapiere ziemlich unverändert Von heimischen Anleihen waren 3 und 3½prozentige sowie Kriegsanleihen im Kurse etwas höher.

Produktenbericht.

Berlin, 29. Januar. Die Temperatur ist bedeutend kälter geworden, was für die Tilgung des im Boden befindlichen Ungeziefers äußerst willkommen ist. Die Saaten, die nunmehr eine leichte Schneedecke haben, stehen, wie allgemein berichtet wird, befriedigend. Im hiesigen Produktenverkehr hat sich nichts Neues ereignet. Die Umsätze in Sämereien bleiben infolge der Knappheit an Waren im freien Handel nur gering. Begehrt sind namentlich Rotklee und Sämereien von Raygras. Seradella hat außerordentlich ruhiges Geschäft bei stetiger Haltung. Der Verkehr in Rüben ist gering, da infolge der durch den Frost bedingten Gefahren die Transportmöglichkeiten verschlechtert sind. Wetter: kalt.

Devisenkurse.

Berlin 29 Januar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	-,-	-,-	-,-	-,-
Holland	100 fl.	[illegible]	340 50	[illegible]	[illegible]
Dänemark	100 Kr.	218 00	218.50	[illegible]	18,50
Schweden	100 Kr.	240 75	241,25	240.75	[illegible]
Norwegen	100 Kr.	226.75	[illegible]	229 75	230 50
Schweiz	100 Fr.	[illegible]	172 00	172 25	[illegible]
Wien / Budapest	100 K.	51 95	[illegible]	52,20	52,30
Bulgarien	100 Leva	-,-	-,-	-,-	-,-

Konstantinopel Geld -,- Brief —— für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 520 Brief 153 00 für 100 Pesetas

Helsingfors 81.25 81.75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Leipzig, 29. Januar. (Privattelegramm.) Leipziger Baumwollspinnerei A.-G. Nach dem Geschäftsbericht zu 1918 stellt sich der Rohertrag auf 2 667 376 (i. V. 2 714 410) Mk. Die Generalunkosten erforderten 1 481 895 (1 443 389) Mk. Zu Amortisationen werden 424 210 (515 427) Mk. verwendet. Vom Reingewinn von 761 270 (755 600) Mk. soll eine Dividende von wieder 16 Prozent verteilt werden. Weiter werden 240 000 (90 000) Mk. der Sonderrücklage und 41 720 (85 600) Mk. dem Unterstützungs- und Pensionsfond zugeführt. Im vorigen Jahre wurden außerdem 100 000 Mark der Spezialreserve überwiesen.

Der Direktor der Deutschen Reichsbank von Gwinner scheidet mit dem 31. März aus der Direktion der Deutschen Reichsbank aus. Seine Zuwahl in den Aufsichtsrat des Instituts ist beabsichtigt.

Eine neue Erhöhung der Bierpreise? Der Deutsche Brauerbund wird demnächst in Berlin eine Sitzung des großen Ausschusses abhalten, in der zu der Frage der Lohnbewegung Stellung genommen werden wird. Im Zusammenhang damit wird auch über die Frage einer Erhöhung der Bierpreise zu beschließen sein. Ein weiterer wesentlicher Gegenstand der Verhandlungen wird die Frage des Stammwürzegehaltes sein. In der Versammlung wird auch der Umstand zur Sprache kommen, daß das Bayrische Braugewerbe mit 15 Prozent des Friedensverbrauchs an Gerste beliefert worden ist, während die außerbayrischen Brauereien nur 5 Prozent erhalten. Hierin wird eine Ungerechtigkeit erblickt; auch die unzulängliche Belieferung mit Kohlensäure wird in der Sitzung erörtert werden. Ferner hören wir, daß demnächst zur Ausführung des Biersteuergesetzes vom 26. Juli 1918 seitens des Reichsschatzamtes eine Kontingentsordnung vorbereitet wird.

Die Sächsische Cartonnagen- und Maschinen-A.-G. in Dresden schlägt für das Geschäftsjahr 1917/18 die Verteilung einer Dividende von 20 (25) Prozent vor.

Sinkender Auslandskredit Deutschlands. Wie der Handelsvertragsverein aus Amsterdam erfährt, verweigern die holländischen Banken durchweg die Annahme der neuen deutschen Banknoten. Da die deutschen Banken an ihre Depotkunden in Holland, zumeist deutsche Firmen, ausschließlich nur neue Banknoten senden, so kommen diese jetzt in große Schwierigkeiten.

Thüringer Malzfabrik Großgottern, Akt.-Ges. Das Unternehmen bleibt dividendenlos. Der ausgewiesene Ueberschuß von 34 462 Mark findet zur Deckung des vorjährigen Verlustes von gleicher Höhe Verwendung.

Zigarettenfabrik Patria, Ganowicz u. Wicklinski, Akt.-Ges. in Posen. Auf das um 2 auf 5. Mill. Mark erhöhte Kapital werden voraussichtlich 30 (22) Prozent Dividende vorgeschlagen werden.

Gewerkschaft Silberborn, Gotha. In der ordentlichen Gewerkenversammlung wurde beschlossen, den Verwaltungssitz der Gewerkschaft von Cassel nach Hannover zu verlegen. In der Eröffnungsbilanz ist der Hauptposten unter den Aktiven ein Darlehn von 1 990 000 M. an die Deutschen Oelwerke. Dieses Darlehn besteht in Kuxen von Silberborn, die den Deutschen Oelwerken übergeben sind und in denen jedes Stück mit 2000 Mark bewertet ist. Die Gewerkschaft besitzt sämtliche Stammteile der Deutschen Oelwerke, deren Vermögen aus Gerechtsamen in verschiedenen Gemarkungen des Kreises Celle besteht, sowie in Beteiligungen der Gewerkschaft Fisch und Ersezahl. Aus den bisherigen Ergebnissen ist bei der Gewerkschaft Fisch und Ersezahl auf eine Förderung von monatlich 12 000 Kilogramm zu rechnen. Für 100 Kilogramm werden zurzeit 105 Mark gezahlt. Der Erwerb der Braunkohlen-Gewerkschaft Geisungen bei Cassel ist geplant.

Berliner Börse

vom 29. Januar 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	93,00
Halle-Hettstedter	77,75
Schantungbahn	111,00
Allg. Lokal-Str.	139,50
Gr. Berl. Str.	123,50
Magdeburger Str.-B.	——
Prinz-Heinrich-B.	157,75
Orientbahn	169,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	92,75
Hambg. Südamerika	139,00
Hansa-Dampfschiff.	186,00
Nordd. Lloyd	92,50
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	——
Berl. Handelsges.	156,50
Commerz-Diskontobank	126,00
Darmstädter Bank	120,00
Dessauische Landesbank	——
Deutsche Bank	209,00
Diskonto-Comm.	170,00
Dresdner Bank	148,00
Leipzig Credit-Anst.	149,25
Mitteld. Kreditbank	123,00
Nationalbank	——
Oesterr. Kredit	130,00
Reichsbank	131,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	235,00
Akt. f. Anilin	240,00
Allgem. Elektr. Ges.	176,00
Ammendorfer Papierfbk.	——
Anhalter Kohlenw.	185,00
Annaberger Steingut	176,00
Badische Anilin	298,00
Bergmann Elekt. Akt.	149,00
Berl. Masch.-Bau	225,50
Bismarckhütte	206,25
Bochumer Gußstahl	199,50
Chem.-Fabr. Buckau	123,50
Chem. Griesheim	205,00
Chem. Heyden	250,00
Consolidation Schalk	240,00
Gröllwitzer Papierfbk	——
Daimler Motoren	211,25
Deutsche Luxemburg	126,50
Deutsche Uebersee Elektr.	137,75
Deutsche Erdöl	273,00
Deutsche Gasglühl.	350,00
Deutsche Kali	175,50
Deutsche Waffen u. Mun.	185,00
Donnersmarkhütte	245,00
Döring & Lehrmann	81,00
Dürkoppwerke	844,00
Elberfelder Faber.	285,00
Felten & Guilleaume	159,00
Gasmotoren Deutz	123,00
Gebhard & Co	90,25
Gelsenkirchen Berg	151,25
Glauziger-Zuckerfbk.	——
Hallesche Maschfbk.	——
Hann. Masch.	320,00
Harpener Berg	169,87
Hasper Eisen	145,00
Hirsch Kupfer	179,25
Höchster Farbw.	260,00
Hoesch Eisen u. Stahl	248,00
Hohenlohe-Werke	115,00
Humboldt Masch.	134,00
Ilse Bergbau	299,00
Kahla Porzellan	296,75
Kaliw. Aschersleben	169,00
Körbisd. Zucker-Akt.	——
Kyffhäuserhütte	175,00
Lahmeyer & Co.	117,00
Lauchhammer	174,00
Laurahütte	——
Linke & Hofmann	297,75
Ludwig Loewe & Co.	241,00
Lothringer Hütte	142,50
Mannesmannröhren	165,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	144,75
do. Caro Hag.	139,75
do. Kokswerke	209,50
Orenstein & Koppel	157,25
Phönix Berg	197,25
Rhein. Metall-Vorz.	225,00
Rhein Stahlwaren	150,00
Riebeck. Montan	191,00
Rombacher Hütten	159,75
Rositzer Braunk.	127,00
Rositzer Zucker	136,00
Sangerhäuser Masch.	249,00
HugoSchneider & Co.	204,50
Schuckert & Co.	129,87
Siemens & Halske	164,00
Stettiner Vulkan	159,75
Stollberger Zinkh	115,50
Strals. Spielkarten	194,00
Thale-Eisenhütte	279,00
Triptis Porzellan	189,75
Türk. Tabakregie	358,00
Ver. Köln-Rottweiler	186,50
Ver. Glanzstoff	421,00
Wegelin & Hübner	——
Werschen-Weißenfelder Braunk.	——
Westeregeln Alkali	215,00
Wittener Gußstahl	197,50
Wrede Mälzerei	115,00
Zechau-Kriebitsch Braunk.	——
Zeitzer Masch.	292,00
Zellstoff Waldhof	199,00
Otavi-Minen	107,50

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Miejchner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: J. V.: Otto Bieler. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Unterrichts-Anzeigen.

Buchführung. Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Chauffeurschule. Hallesche Automobilzentrale, Grünstr. 31.

Chemieschule für Damen. Dr. S. Gärtner, Mühlweg 29. Tel. 5855.

Cello-Unterricht. O. Schwendler, Mühlweg 30.

Fremde Sprachen Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Gesangs-Unterricht. Fritz Gruselli u. Frau, Sophienstrasse 17.

Haushalt- u. Kochunterricht H Laaß, MagdeburgerStr.37.

Kaufmänn. Rechnen. Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr 41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Klavier-Unterricht. Weidenplan 27, I. Etage.

Korrespondenz. Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Musik-Unterricht. Musikgruppe Halle Stundenvermittlung durch Frl. Schiefer, Kl. Ulrichstr 17 I.

Nachhilfe-Unterricht wird erteilt Forsterstr. 36, II I. K. Taube, L.-Wuchererstr. 28.

Schneider-Akademie. Fräulein B. Müller, Schneider-Meisterin, Gr. Ulrichstr. 52. Triumph-Meth. Linke, Gr. Ulrichstr 63.

Schneiderei-Unterricht E. Holborn, Forsterstr. 58 II

Schreib-Unterricht. Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I.

Schreibmaschine. Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45.

Schulwissenschaften. K. Taube, L.-Wuchererstr. 28

Stenographie Kaufmännische Privatschulen Baer&Dittenberger, Geiststr.41 C. Gieseguth, Harz 50, I. C. Lewin, Steinweg 45. Treirop, Seydlitzstr. 3.

Tanz-Unterricht Hofballettmeister Wesner, St. Nikolaus.

Sanatorium Dr. Rosell, Ballenstedt im Harz. Alle spezial. Untersuchungs- und diätetisch-physikalischen Kureinrichtungen Prospekt fr. 373/4

KRANKE innere Organe, Nerven, Bewegungsorgane, Fortpflanzungsorgane finden jederzeit ärztliche Behandlung. Verpflegung, Heizung, Beleuchtung einwandfrei. Sanatorium Dr. Rosell, Ballenstedt im Harz.

Unterricht

Königstädtische zehnstufige höhere Mädchenschule und Knaben-Vorschule, Halle, Lindenstr. 66. Vorsteherin: Luise Staabs. A 164/5

Zu verkaufen

Ein für **Automobilschlosserei oder Holzbearbeitungsfabrik** geeignetes 4240 qm großes Grundstück an schiffbarem Wasser, großer Verkehrsstraße und 2 Minuten von Bahn gelegen, mit Fabrik-, Kontor- und Wohngebäuden und elektrischem Anschluß versehen, zu verkaufen oder zu vermieten.

Angebote unter U. D. 6650 an Rudolf Mosse, Halle. A.275/5.

Kaufgesuche

Smoking, gut erhalten, für mittlere Figur, zu kaufen gesucht. Angebote u. N. 2578 an die Exped. d. Ztg.

Alle Sorten Felle Häute, Tierhaare, Wolle, Hörner, Hufe V6365 kaufen zu Höchstpreisen Gebr. Danglowitz, Fischerplan 2, Fernr. 1178. Unseren Wollieferanten geben wir Bezugscheine für Strickwolle.

Vermischtes

Gutes dauerhaftes Gummiband f. Strumpfbänder k. man bei H. Schnee Nchf. Gr Steinstr.84

Für Klavier-Reparatur u. Stimmung nur g. Ausführung (auch n. außerhalb) empfiehlt sich D Kruse Gr. Brauhausstr. 15

Seidene **Damen-Blusen** kauft man preiswert bei H. Schnee, Nachf. Gr. Steinstraße 84.

Sport-Artikel für Fussball-, Tennis-, Hockey-Spieler, Radfahrer, Ruderer, Turner sowie für Leichtathletik und Touristik empfiehlt in großer Auswahl sehr preiswert V3355 H. Schnee Nachf. A. & F. Ebermann, Halle a. S., Gr. Steinstr. 84

Pianos in allen Holz- u Stilarten in großer Auswahl. C. Rich. Ritter Flügel- u. Pianofabrik.

Krepp-Papier. Kunstleder-Artikel, Kunstblätter, Tablett-Deckchen aus Papier J. Zoebisch, Große Steinstr. 82

H. Schnee Nachf. Gr. Steinstr. 84. Erstes Spezialgeschäft f. gute Strumpfwaren u. Trikotagen.

In unserem **Verkehrs- u. Leseraum** Gr. Ulrichstr. 52 befindet sich die Annahmestelle für Anzeigen und Zeitungsbestellungen auf unser Blatt. Verkauf einzelner Zeitungsnummern.

Reinicke & Andag Möbelfabrik, Gr. Klausstr. 40 = am Markt. Grosse interessante **Möbel-Ausstellung** Besichtigung gern gestattet.

Rast Geiststrasse 28. Elektrische Installation für Licht- u. Kraftanlagen jeder Art und Größe. Technische Ratschläge (Ingenieurbesuch) kostenl. Beleuchtungskörper :: Glühlampen.

Die grosse Mode! Kunstseidene gestrickte Jacken für Damen, junge Mädchen und Kinder Kunstseidene gestrickte Blusen Kunstseidene gestrickte Kinder-Mäntel empfiehlt in sehr großer Auswahl und vielen modernen Farben preiswert **H. Schnee Nachf.,** A. & F. Ebermann, Halle a. S. – Große Steinstraße 84.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190130012/fragment/page=0004